



Resolution der TeilnehmerInnen der GV vom  
4 März 2010, Gewerkschaft SIT

## **Für die Aufrechterhaltung eines Sozialversicherungsabkommens zwischen der Schweiz und dem Kosovo**

**Die TeilnehmerInnen der GV haben über die Konsequenzen des Entscheides des schweizerischen Bundesrates diskutiert, das Sozialversicherungsabkommen mit den Ländern Ex-Jugoslawiens nicht weiter zu führen.**

Dieser einseitige und nicht weiter motivierte Entscheid bedeutet, dass die Schweiz für ArbeitnehmerInnen, die im Kosovo leben, keine neuen AVH-, IV- oder Unfallversicherungsrenten mehr ausbezahlen wird. Familienzulagen für Kinder, die im Kosovo leben, werden ausserdem mit sofortiger Wirkung eingestellt.

### **Die heutige GV hält fest:**

- In der Schweiz leben nahezu 200'000 Menschen aus dem Kosovo. Sie nehmen seit Jahrzehnten aktiv an der Entwicklung dieses Landes teil.
- Menschen aus dem Kosovo arbeiten oft in Branchen wie dem Bausektor, mit hohen Risiken für ihre Gesundheit.
- Auf insgesamt 300'000 IV-Renten die heute ausbezahlt werden, werden 300 in den Kosovo überwiesen. Die entspricht einer Rente auf 1'000. Sollte es effektiv Missbräuche geben, können diese, aufgrund der nur wenigen im Kosovo ausbezahlten Renten, nur ausgesprochen gering sein.
- Bis heute wurde kein einziges seriöses Argument für die Einstellung des Sozialversicherungsabkommens vorgebracht.
- Dieser Entscheid bedeutet konkret, dass ältere oder kranke Menschen aus dem Kosovo nicht mehr in ihr Land zurückkehren können (und erhöht so indirekt auch die Versicherungskosten in der Schweiz).
- Die betroffenen ArbeitnehmerInnen werden in der Schweiz bleiben, mit Renten, die zu tief sind, um würdig zu leben.
- Die Familienzulagen sind eine äusserte wichtiger Beitrag für die Erziehung der im Kosovo geblieben Kinder.
- ArbeitnehmerInnen aus dem Kosovo sind die grösste Migrationsgemeinschaft in der Schweiz. Dieser Entscheid diskriminiert sie massiv.
- Dieser Entscheid destabilisiert den Kosovo und steht in totalem Widerspruch zu einer Entwicklungspolitik, welche die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Kosovos, eines jungen Landes mit schwachen Ressourcen, fördert.
- Die Schweiz sollte sich aktiv an den internationalen Anstrengungen beteiligen, im Kosovo eine leistungsstarke Verwaltung im Bereiche der Sozialversicherungen zu entwickeln. Dies ist entscheidend für den Wiederaufbau und die Aufrechterhaltung des Friedens in dieser Region.

### **Angesichts dieses völlig ungerechten und unverständlichen Entscheides, fordert die heutige Gewerkschaftsversammlung:**

- Der Bundesrat muss auf die Einstellung dieses Sozialversicherungsabkommens verzichten.
- Das bestehende Sozialversicherungsabkommen zwischen der Schweiz und den Ländern Ex-Jugoslawiens muss provisorisch aufrechterhalten werden.
- Ein neues Sozialversicherungsabkommen zwischen der Schweiz und dem Kosovo muss ausgehandelt werden, entsprechend der Verhandlungen, die zurzeit mit Serbien, Bosnien und Montenegro im Gange sind, oder mit Mazedonien und Kroatien bereits abgeschlossen sind.

Die Gewerkschaftsversammlung vom 4. März 2010 ruft dazu auf, die beiliegende Petition zu unterschreiben und aktiv an der **Kampagne für die Aufrechterhaltung eines Sozialversicherungsabkommens zwischen der Schweiz und dem Kosovo** teilzunehmen.

*Petition zuhanden des Schweizerischen Bundesrates und der Regierung der Republik Kosovo*

